

## ZUM PROBLEM DER WIRTSCHAFTLICHEN WIEDERVEREINIGUNG<sup>1)</sup>

Die wirtschaftliche Wiedervereinigung der bisher zonal getrennten westdeutschen und mitteldeutschen Teile der deutschen Volkswirtschaft wird unter den ökonomischen Bedingungen einer Fusion vor sich gehen. Diese Fusion würde den alten Bereich der deutschen Volkswirtschaft nicht wiederherstellen, denn noch fehlt der dritte wesentliche Teil des zerstückelten Deutschlands, das deutsche Land östlich der Oder-Neiße. Dieses Ostdeutschland ist für Gesamtdeutschland vorläufig wirtschaftlich neutralisiert und wird es auch im Zeitpunkt der Wiedervereinigung der Sowjetzone mit Westdeutschland noch sein. Die wirtschaftliche Eingliederung Ostdeutschlands würde der Erschließung eines unterentwickelten Gebietes, praktisch seiner Neubesiedlung gleichkommen, nachdem die deutschen Ostprovinzen jahrelang der deutschen Wirtschaft entzogen waren. Sie wird aber in jedem Fall — wie auch die politischen Entscheidungen fallen mögen — immer nur auf eine wirtschaftlich bereits vollzogene Fusion des westdeutschen und sowjetzonalen Raumes folgen können und darf deshalb für unsere Überlegungen über die Konsequenzen einer wirtschaftlichen Wiedervereinigung Deutschlands erst einmal außer Betracht bleiben.

Die zu vereinenden beiden deutschen Wirtschaftsbereiche West- und Mitteldeutschland haben in den letzten Jahren nicht nur ihr Gesicht verändert, sondern auch ihr Wesen, ja teilweise schon ihre alte Struktur. Das befürchtete Auseinanderleben nimmt seinen Fortgang.

Die Öffentlichkeit steht sehr unter dem Eindruck fortgesetzter struktureller Veränderungen der betrieblichen Standorte. Es ist gar keine Frage, daß die Störung der Beziehungen der alten organisch gewachsenen Wirtschaftsbereiche diese Veränderungen der industriellen Standorte sehr begünstigt hat. In der Dynamik einer wirtschaftlichen Entwicklung sind aber derartige strukturelle Veränderungen der regionalen wirtschaftlichen Schichtung nicht immer ungünstig. Es ist tatsächlich so, daß sich in den letzten Jahren die zu erwartende Entwicklung eines besseren regionalen Ausgleichs lediglich beschleunigt hat, indem einseitig überentwickelte Wirtschaftsgebiete nunmehr durch Verlagerungen eine zweckmäßigere Struktur erhalten. Nicht alles, was einmal traditionell standortbegünstigt war, braucht auf die Dauer diese Standortvorteile zu behalten. Dafür sorgen schon Technik und sich verändernde Verkehrsbedingungen. Solche Industrieverlagerungen, die standortwidrig sind, werden bei der Neuordnung einer gesamtdeutschen Wirtschaft sich schlimmstenfalls als Fehlinvestitionen erweisen. Sie können aber eine Verschmelzung der gegenwärtig getrennten wirtschaftlichen Teile Deutschlands nicht ernsthaft behindern.

Gewiß haben die bewußten und planmäßigen Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Sowjetzone, wie sie sich in den Eigentumsverhältnissen und in den funktionellen Beziehungen zwischen Produktion, Distribution und Konsumtion zeigen, die Differenzierung zwischen Ost und West verschärft. Das ist aber durch Rechtsakt und durch organisatorische Maßnahmen in kurzer Zeit reparierbar, wenn die Entscheidung hierüber einer gesamtdeutschen Willensbildung überlassen bleibt.

Dagegen drohen der Wiedervereinigung der deutschen Wirtschaft praktisch große Gefahren aus dem regionalen Gefälle, das sich in den Nachkriegsjahren

1) Ergebnis von Beratungen des Wirtschaftsausschusses des Königsteiner Kreises.

zwischen Ost und West immer stärker herausgebildet hat. Es sind jene Fakten, die die Sowjets ausnahmslos zu verantworten haben:

1. Es ist die Geldentwertung der Ostmark seit der separaten Währungsreform, in der sich die gegenüber Westdeutschland wesentlich geringere Kaufkraft widerspiegelt.

2. Es ist das weit überhöhte und verzerrte Kostengefüge der mitteldeutschen Wirtschaft als Folge der beträchtlichen Desorganisation in den Betrieben und der wirtschaftlichen Verwaltung sowie als Folge des durch die Demontagen verursachten Mangels an Produktionsmitteln und der Bevorzugung der Reparationsbetriebe bei den Neuinvestitionen.

3. Es ist die sehr geringe Produktivität der Betriebe mit einer Arbeitsproduktivität, die gegenwärtig in der Sowjetzone immer noch nicht wesentlich höher liegt, als sie Westdeutschland bereits vor der Währungsreform wieder erreicht hatte.

4. Es ist die völlige Entblößung der Wirtschaft und der privaten Haushaltungen von Vorräten aller Art.

Die westdeutsche Wirtschaft ist dagegen dank der planmäßigen ausländischen Hilfe von Jahr zu Jahr erstarbt. Ihre Produktivität hat das Vorkriegsniveau fast durchweg mindestens erreicht, die Rationalisierung der Betriebe macht von Monat zu Monat größere Fortschritte, die produktive Bevorratung hat längst den Sättigungspunkt erreicht, die Kaufkraft ist im Durchschnitt beinahe doppelt so hoch wie in der Sowjetzone.

Dieser Rückstand der Sowjetzonenwirtschaft gegenüber Westdeutschland hat das Gefälle verursacht, das im Falle einer Wiedervereinigung größte wirtschaftliche und organisatorische Anstrengungen erfordern wird, wenn das Angleichen der Lebenshaltung beider Gebiete wirklich zu einer Entfaltung der mitteldeutschen Wirtschaftskräfte führen soll, statt sie — wie bei einem zügellosen Dammbrech — zu überfluten.

Der wirtschaftliche Abstand zwischen Westdeutschland und der Sowjetzone hat sich seit der Währungsreform ununterbrochen vergrößert. Ich schätze die Verluste aus dem ständigen Zurückbleiben der Sowjetzonenwirtschaft gegenüber dem jeweils von der westdeutschen Wirtschaft erreichten Niveau auf bisher insgesamt mindestens 25 Milliarden DM. Die großen Entbehrungen der Bevölkerung der Sowjetzone haben diese Defizitrechnung zu einem Teil ausgeglichen. Der Rest ging zu Lasten des Vermögens, also der wirtschaftlichen Substanz, und zwar gerade derjenigen Teile der Konsum Wirtschaft, die bei einem Zusammenschluß aktiviert werden müssen. Es fehlten der Sowjetzone, verglichen mit einer normalen Bevorratung Westdeutschlands, in der Landwirtschaft, in Industrie, Handwerk und Handel mindestens für fünf Milliarden DM an Vorräten, und zwar sowohl an Rohstoffen, Halbwaren und Fertigwaren.

Die gegenüber Westdeutschland weit geringere Produktion der Sowjetzone steht in engstem Zusammenhang mit dem effektiv geschwächten Leistungsvermögen, also den tatsächlich *eng begrenzten Kapazitäten* in der Industrie, in der Landwirtschaft und im Verkehrswesen. Es ist nicht so, daß lediglich Aufträge in den sowjetzonalen Raum einzufließen brauchen, um brachliegende Kapazitäten zu aktivieren. Wir haben es ja nicht mit Schrumpfungen im Produktionsprozeß zu tun, wie sie als typische Krisenerscheinungen im Konjunkturablauf auftreten. Was der Sowjetzone nottut, ist ein systematischer Aufbau in einem Prozeß, der sich nicht von heute auf morgen, sondern nur stufenweise vollziehen kann. Diesen Prozeß jetzt schon zu durchdenken und ihn sorgfältig vorzubereiten, ist eine Aufgabe, die die institutionelle Wirtschaftsforschung mit den politisch wirksamen Kräften Westdeutschlands verbindet. Im Wirtschaftsausschuß des

Königsteiner Kreises sind deshalb unter aktiver Beteiligung der Ministerien und unter Mitwirkung von Experten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung durch die Sachverständigen des Königsteiner Kreises folgende *Empfehlungen* für den Zeitpunkt der wirtschaftlichen Wiedervereinigung Deutschlands ausgearbeitet worden:

„Die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und sozialen Einheit Deutschlands ist eine politische Lebensfrage und zugleich eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Sie kann nur unter verantwortlicher Mitwirkung des Deutschen Volkes gestaltet werden. In Erkenntnis dieser deutschen Verantwortung beschließt der Königsteiner Kreis auf seiner fünften Tagung:

1. Grundlage für alle bei und nach der wirtschaftlichen Wiedervereinigung Deutschlands zu treffenden Entscheidungen und Maßnahmen ist schon jetzt die ständige, einheitliche, umfassende und genaue Beobachtung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ).
2. Es ist ein Gremium von Sachverständigen zu bilden mit dem Auftrage, alle Maßnahmen vorzubereiten, die unmittelbar bei einem Zusammenschluß der deutschen Wirtschaftsgebiete notwendig werden.
3. Um die mitteldeutsche Wirtschaft in Gang zu halten und vor jeglicher Störung zu bewahren, wird als notwendig bei der Wiedervereinigung angesehen:
  - a) die Zeit des Übergangs ist so kurz wie möglich zu bemessen,
  - b) durch Sofortmaßnahmen müssen insbesondere Versorgung der Bevölkerung, Währung, Fortgang der Produktion und Arbeitsplatz gesichert werden,
  - c) da die mitteldeutsche Wirtschaft weitgehend von Vorräten entblößt ist und auch die privaten Haushaltungen ohne Reserven sind, müssen aus den Beständen der westdeutschen Wirtschaft vorsorglich die notwendigen Vorräte bereitgestellt werden.
4. Die Ordnung der Wirtschaft in der SBZ im Rahmen der gesamtdeutschen Wirtschaft wird eine der vordringlichsten Aufgaben der aus freien und geheimen Wahlen hervorgehenden gesamtdeutschen gesetzgebenden Körperschaften sein.
5. Der Wiederaufbau der Wirtschaft der SBZ wird hohe Anforderungen an die Wendigkeit und Leistungsbereitschaft der westdeutschen Wirtschaft stellen. Zur Lösung dieser Aufgabe, bei der es um die Existenz und das Wohlergehen von über 18 Millionen Menschen geht, wird auch internationale Hilfe nicht entbehrt werden können.“

Aufgabe der nächsten Wochen und Monate wird es sein, die in diesen Empfehlungen ausgesprochenen Gedanken zu vertiefen, soweit sie nicht überhaupt schon jetzt realisiert werden können. Dann kann es sich aber nicht darum handeln, lediglich ein Bündel von *Rezepten* vorsorglich auszuarbeiten, um sie empfehlend für jeden denkbaren Fall bereitzuhalten. Wir werden uns vor allem um die ständige einwandfreie *Diagnose* der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in der Sowjetzone zu bemühen haben. Das Instrumentarium zur Sicherung der vorzubereitenden Maßnahmen ist allerdings nur unter Verantwortung und führender Hilfe von Parlament und Ministerien zu erstellen. Hierauf zielt Punkt 2 der Empfehlungen, also die Forderung nach der Einberufung eines *Sachverständigengremiums*.

Im Grunde genommen ständen wir beim Zusammenschluß der Sowjetzone mit Westdeutschland vor einer ähnlichen Situation wie sie vor Jahren bestand, als der Marshallplan das Gefälle zwischen der Weltwirtschaft und dem kriegszerstörten Westdeutschland auszugleichen sich anschickte. Was im westdeutschen Raume inzwischen der Hilfsbereitschaft, dem organisatorischen Können und planvoller Überlegung weitgehend gelungen ist, muß bei der Verschmelzung der zerrissenen beiden Wirtschaftsgebiete mit gleicher Bereitschaft Westdeutschlands — und nicht zuletzt der westdeutschen Wirtschaft selbst — erreichbar sein. Internationale Hilfe wird man bei dieser großen Aufgabe allerdings nicht entbehren können.